

Tabelle 5: Institutionen, an die sich Arbeitnehmer zur Lösung von Problemen in den Arbeitsbeziehungen wenden (Mehrfachnennungen möglich)

Institution	Häufigkeit (% der Personen)	Effektivität (% derjenigen, die eine positive Lösung erreichen konnten)
Betriebsleitung	74	56
Gewerkschaft	34	43
Freunde, Kollegen (Informelle Kanäle)	21	54

Quelle: ISITO

Analysse

Aufstieg und Fall der Bergarbeitergewerkschaften

Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Die gesamte russische Wirtschaft sah sich seit Ende der 1980er Jahre mit einer tiefgreifenden Krise konfrontiert, die nicht nur die finanzielle Lage der Arbeitnehmer verschlechterte, sondern im Verlauf der 1990er Jahre auch zu Massenentlassungen und damit zu Arbeitslosigkeit führte. Die Bergleute haben ihre Frustration über die katastrophale Wirtschaftsentwicklung und die Passivität der verantwortlichen Politiker in den 1990er Jahren stärker und radikaler als alle anderen Berufsgruppen zum Ausdruck gebracht. Damit erlangten auch die Gewerkschaften hier ihre größte politische Bedeutung. Eine Analyse der Bergarbeitergewerkschaften ist also geeignet, die Möglichkeiten und Grenzen gewerkschaftlicher Einflussnahme in Russland aufzuzeigen.

Bereits seit Ende der 1980er Jahre waren die Bergarbeiter in einen reformorientierten und einen konservativen Flügel gespalten. Der konservative Flügel wurde im post-sowjetischen Russland von der Nachfolgeorganisation der alten sozialistischen Gewerkschaft repräsentiert, die sich nun Unabhängige Gewerkschaft der Arbeiter der Kohleindustrie (NPRUP – Rosugleprof) nannte. Sie wurde vor allem von denjenigen Bergleuten unterstützt, deren Betriebe von Schließungen bedroht waren. Diese Bergleute standen politisch mehrheitlich der Kommunistischen Partei nahe. Da die Gewerkschaft weiterhin für die Verteilung vieler Sozialleistungen verantwortlich war, gehörte aber auch ein großer Teil der apolitischen Bergleute zur NPRUP.

Die reformorientierten Bergarbeiter hingegen hatten sich 1990 in der Unabhängigen Gewerkschaft der Bergleute (NPG – Nesavisimy profsojus gornjakow) organisiert und gingen, enttäuscht von den Reformen Gorbatschows, ein Bündnis mit Boris Jelzin ein. Sie hofften, durch demokratische Reformen Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse zu gewinnen und wa-

ren gleichzeitig der Ansicht, dass marktwirtschaftliche Reformen die Lage der Kohleindustrie verbessern würden, da der Marktpreis für Kohle steigen würde und die Exporteinnahmen nicht mehr im Staatshaushalt verschwinden würden. Die anfängliche Begeisterung verschwand jedoch schnell, und seit 1995 war auch der reformorientierte Flügel zu Protestmaßnahmen gegen die Regierung bereit.

Aufgrund der ideologischen Differenzen war aber der einzige gemeinsame Nenner für die beiden Gewerkschaften und die Flügel, die sie vertraten, die Forderung nach Begleichung der Lohnrückstände. Diese Forderung stand deshalb auch im Zentrum aller Bergarbeiterproteste von 1995 bis 1999. Die Bergarbeiter entwickelten dementsprechend nie ein gemeinsames Reformprogramm zur Lösung der Kohlekrise. Ihre Forderungen ließen vielmehr auf eine möglichst umfassende Fortsetzung der staatlichen Subventionierung hinaus. Diese inhaltliche Schwäche ließ den Führern der Bergarbeiter sehr wenig Möglichkeiten, konstruktiven Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse zu nehmen.

Die föderale Regierung hat jedoch in der Jelzin-Ära bei jedem der großen Bergarbeiterstreiks – und manchmal auch schon als Reaktion auf entsprechende Androhungen – umfangreiche Zahlungsversprechungen gemacht. Ein großer Teil der „Erfolge“ der Bergarbeiterstreiks beruhte allerdings darauf, dass der Staat Subventionen von ruhigen Betrieben zu protestierenden umverteilt. Dies vermittelte den Eindruck, dass Streiks sich lohnen. Sobald die Zahl der protestierenden Bergarbeiter aber zunahm, musste die staatliche Umverteilungsstrategie scheitern. Einem Massenprotest, den sie durch den Eindruck der Wirksamkeit von Protesten noch förderte, stand die Regierung dann finanziell hilflos gegenüber.

Bereits seit 1989 war es die Strategie der zentralen politischen Führung in solchen Fällen umfassende Zugeständnisse zu machen, die dann anschließend nicht eingehalten wurden. Kurzfristig konnte die Regierung so die Situation entschärfen. Langfristig opferte sie auf diese Weise aber ihre Glaubwürdigkeit. Damit verlor sie – und mit ihr bis zu einem gewissen Grad auch der demokratische Prozess insgesamt – in den Augen der Bergarbeiter an Legitimation.

Dies wiederum führte zu einer Radikalisierung der Proteste. Die Bergarbeiter wollten ab 1996 erst Ergebnisse sehen, bevor sie nach einem Streik wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehrten. Und um der Regierung den Ernst der Lage zu verdeutlichen, griffen sie auch zu immer radikaleren Protestformen. Ihren Höhepunkt erreichte diese Entwicklung im "Schienenkrieg". Im Mai und erneut im Juli und August 1998 blockierten protestierende Bergarbeiter für mehrere Wochen zentrale Schienenstrecken des Landes. Parallel wurden permanente Demonstrationen vor Regierungsgebäuden in Moskau organisiert.

Lesetipp:

Heiko Pleines: Der politische Konflikt um die Restrukturierung der russischen Kohleindustrie, in: Osteuropa Wirtschaft 1/2004, S.49–62

Bereits 1999 brach die Protestbewegung der Bergleute jedoch weitgehend zusammen. Hatte der Kohlebergbau 1998 noch 226.000 Personen-Arbeitstage durch Streiks verloren, waren es 1999 nur 28.000 und im Jahre 2000 gerade einmal 2.000. In den folgenden Jahren sank diese Zahl noch weiter. Während 1998 noch 124 Kohlebetriebe von Streiks betroffen waren, war es 2001 nur ein einziger.

Die Ursachen hierfür waren vielfältig. Von großer Bedeutung war erstens die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Kohleindustrie, die mit einer deutlichen Reduzierung der Lohnrückstände verbunden war, zweitens die Übernahme der Kohleindustrie des Kuzbass, des größten russischen Kohlereviers, durch die Regionalverwaltung von Kemerowo, die alle Beteiligten in einem regionalen Netzwerk disziplinierte, und drittens die staatliche Reformpolitik, die die Zahl der Bergleute deutlich reduzierte und durch Privatisierungen die Verantwortung für die Arbeitsbedingungen an private Eigentümer transferierte. Das neue Arbeitsrecht schwächte dann zusätzlich die Unabhängige Gewerkschaft der Bergleute.

Dokumentation

Die Schwäche der Gewerkschaften im post-kommunistischen Europa

Stephen Crowley, Oberlin College, Ohio

Stephen Crowley ist einer der führenden Spezialisten zur Rolle der Gewerkschaften in Osteuropa. Seine Forschungsschwerpunkte waren bisher Russland und die Ukraine. Der folgende Text ist eine Übersetzung des Resumes von: Stephen Crowley: Explaining labor weakness in post-communist Europe. Historical legacies and comparative perspective, in: East European Politics and Societies 3-2004 (September), S. 394–429.

Im Gegensatz zu anfänglichen Erwartungen ist die Arbeiterschaft in der gesamten Region ein schwacher sozialer und politischer Akteur gewesen. Diese Schwäche drückte sich in Indikatoren der Macht der Arbeiterschaft wie der relativen Streikbeteiligung, zurückgehenden Mitgliederzahlen der Gewerkschaften und Umfang und Qualität von Tarifverhandlungen aus. Insbesondere die Mobilisierung von Arbeitnehmern war relativ gering, trotz einer Wirtschaftskrise, die, gemessen an vielen Indikatoren, der Großen Depression (Wirtschaftskrise der 1920er) ebenbürtig oder schlimmer als diese war.

Ich habe eine Reihe von Argumenten untersucht, um Schwankungen bei der Mobilisierung von Arbeitnehmern und deren Schwäche in der Region zu erklären – wirtschaftliche Erklärungsversuche, die sich auf den Arbeitsmarkt konzentrieren, und individuelle sowie politische Erklärungen, die sich auf Korporatismus und Rivalität unter den Gewerkschaften konzentrieren – und stellte fest, dass jedes von ihnen diese Schwankungen nicht völlig erklären konnte. Was aber wichtiger ist, aus vergleichender Perspektive trifft diese Schwäche der Arbeiterschaft auf die gesamte postkommunistische Region zu, sodass nicht die Erklärung von

Unterschieden innerhalb Osteuropas sondern die Erklärung der allgemeinen Schwäche der Gewerkschaften in postkommunistischen Gesellschaften zur dringenden Aufgabe wird. Der Bedarf für eine solche Erklärung wird umso dringender, wenn man in Betracht zieht, dass diese Ruhe der Arbeiterschaft trotz der ziemlich ausgeprägten makroökonomischen und politischen Variationen, die sich in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion herausgebildet haben, im Großen und Ganzen konstant geblieben ist. Diese Konstante, bei solchen Variationen anderer Faktoren, lenkt den Blick darauf, was diese Gesellschaften gemeinsam haben.

Diese gemeinsamen Merkmale sind das institutionelle und ideologische Erbe des Kommunismus, besonders insofern es die Gewerkschaften und die Verbindung zwischen Gewerkschaften und ihren Mitgliedern beeinflusst. In jedem Land in der Region ist die dominierende Gewerkschaft nach wie vor diejenige – wenn auch in allen Fällen in unterschiedlichen Maß reformiert –, die von der Kommunistischen Partei geschaffen wurde und die im alten Regime ein Monopol auf Vertretung der Arbeiterschaft hatte. Diese Vergangenheit hat zu bedeutenden Legitimationsproblemen geführt; gleichzeitig wurde die Aufgabe gestellt, diese großen Organisationen gemäß den völlig anderen Forderungen der neuen politischen Ökonomie umzustrukturen. Auch das ideologische Erbe des Kommunismus hat Gewerkschaften und die Arbeiterschaft im Allgemeinen negativ beeinflusst, da Arbeiter und Gewerkschaftsfunktionäre nicht sicher sind, welche

Haltung sie gegenüber der kapitalistischen Transformation einnehmen, und welche Rolle die Gewerkschaften dabei spielen können. Es ist also nicht überraschend, dass Umfragen in der Region zum wiederholten Male zu dem Ergebnis geführt haben, dass die Gewerkschaften zu den gesellschaftlichen Institutionen gehören, denen am wenigsten vertraut wird.

Während aber die Wirkung von kommunistischer Ideologie auf die Gewerkschaften schwächer und der Wunsch nach selbstbewussteren Gewerkschaften im Kapitalismus stärker wird, sind Gewerkschaften und die Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und -gebern in der Region institutionell in ein ziemlich liberales und flexibles System eingebunden worden. Dies kann zum Problem werden, wenn das Modell eines „sozialen Europa“ in den Osten exportiert werden soll, und könnte für Arbeitnehmer in Westeuropa zu größeren Problemen führen als jetzt angenommen. Weit davon entfernt, westeuropäische Normen direkt zu übernehmen, deuten eine Reihe von Indikatoren darauf hin, dass diese Gewerkschaften, trotz ihrer scheinbaren Stärke in der kommunistischen Periode, sich in Richtung eines Modells von flexiblen Arbeitsbeziehungen bewegen, wie es in den Vereinigten Staaten und in manchen Entwicklungsländern existiert. Vielleicht können sie in der Zukunft als effektive Arbeitnehmerbewegungen wieder aufgebaut werden, aber es gibt wenig Beweise dafür, dass dies geschehen wird.

Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann